

KZtg. 9.12.2017

## Ratssitzung mit langer Themenliste

### Knapp 40 Punkte auf der Tagesordnung

**SYKE** ▪ Alle Jahre wieder: Für die letzte Sitzung vor der Weihnachtspause hat der Rat der Stadt Syke immer eine besonders lange Tagesordnung.

Diesmal stehen knapp 40 Punkte darauf, von denen die weitaus meisten im öffentlichen Teil beraten werden. Darunter der Haushalt für 2018, das Bürgerauto für

den Syker Süden und die Gründung einer Arbeitsgruppe, die einen Plan zur Sanierung des Syker Hallenbads schmieden soll.

Abweichend vom üblichen Donnerstags-Termin ist diese Ratssitzung ausnahmsweise bereits am Mittwoch, 13. Dezember. Der öffentliche Teil beginnt um 19 Uhr.

## Bürgerauto auf der Kippe

**SYKE** ▪ Am Mittwoch soll im Rat der Stadt Syke entschieden werden, ob der Syker Süden ein Bürgerauto erhält. Da der Ausgang der Abstimmung derzeit nicht absehbar ist, stellte die Freie Wählergemeinschaft gestern einen Ergänzungsantrag vor. Im Falle einer Ablehnung des teuren Elektro-Autos, soll ein Alternativmodell mit Verbrennungsmotor beschlossen werden. Kostenpunkt für die Stadt: 16 700 Euro. → Syke

Titelseite



„Bürgerauto? – Finden wir gut!“ Jochen Harries und Andreas Schmidt von der Freien Wählergemeinschaft. • Foto: Michael Walter

# Bürgerauto auf der Kippe

FWG legt dem Rat zwei Varianten zum Beschluss vor

Von Michael Walter

**WACHENDORF** ■ „Das wird eine ganz enge Sache“, glaubt Andreas Schmidt mit Blick auf die Ratssitzung am nächsten Mittwoch. Dann fällt die Entscheidung, ob Syke zusätzlich zum Bürgerbus auch ein Bürgerauto bekommt. Und der Fraktions-Chef der Freien Wählergemeinschaft (FWG) ist sich keineswegs sicher, ob es eine Mehrheit gibt für diese Idee, die er und Jochen Harries federführend vorangebracht haben. Deshalb haben sie jetzt noch einmal nachgelegt.

Gestern stellten die beiden einen Ergänzungsantrag vor, der bislang noch nicht in den politischen Gremien diskutiert worden ist. Anstelle des ursprünglich geplanten Elektro-Autos könnte der (noch zu gründende) Trägerverein auch ein Auto mit konventionellem Verbrennungsmotor

anschaffen. Sinn: Dadurch würde der Investitionskostenzuschuss durch die Stadt um 20 000 Euro geringer. Statt 36 700 müsste sie lediglich 16 700 Euro im Haushalt bereitstellen. Und man wäre auf diese Weise wieder bei der Größenordnung, über die man ursprünglich einmal gesprochen hatte.

Blick zurück: Im Frühjahr hatte die FWG das Thema Bürgerauto erstmals zur Diskussion gestellt. Damals waren Harries und Schmidt noch von einer Förderung durch den Zweckverband des Verkehrsverbunds Bremen-Niedersachsen ausgegangen. Man habe zwar über Monate miteinander gesprochen, doch klar geäußert habe sich der Verband zunächst nicht. Bis Mitte November. „Da hat man uns zu verstehen gegeben: Im Bürgerauto sehe der ZVBN eine Art Doppelförderung, da er ja bereits die

reguläre Buslinie 150 mitfinanziere.“

Ohne diese Fördergelder musste die FWG umplanen. Unterm Strich stand ein um 20 000 Euro höherer Zuschuss durch die Stadt. Das war die Grundlage der bisherigen Diskussion in den politischen Gremien. Und dort stieß das Thema Bürgerauto auf geteilte Meinungen.

## Nur knappe Mehrheit im Verwaltungsausschuss

Im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss, der als letztes Gremium die Entscheidungen des Rats maßgeblich vorbereitet, habe es nur eine knappe Mehrheit gegeben, sagt Schmidt. Und es sei keineswegs sicher, dass sich am Mittwoch die Ratmehrheit dieser Empfehlung anschließe.

„Wir wollen die Variante mit dem Elektro-Auto“, be-

tont Andreas Schmidt. „Wenn der Rat aber der Meinung ist, dass das zu teuer wäre, würden wir das für die Menschen in den betroffenen Ortschaften sehr bedauern. Darum unterbreiten wir den Alternativvorschlag.“

Einen Vorteil sehen Schmidt und Harries dann allerdings doch im Rückzieher des ZVBN: „Eine Bedingung des Verbands war, dass wir für das Bürgerauto Haltestellen vorgeben“, sagt Harries. „Es wäre jetzt fraglich, ob wir das überhaupt noch umsetzen müssten.“ Allerdings seien Haltestellen auch wieder ein gutes Mittel, um sich vom Taxi abzugrenzen. Denn man wolle der gewerblichen Personenbeförderung keine Konkurrenz machen. Schmidt: „Wir wollen niemandem was wegnehmen, sondern nur dort fahren, wo es sonst keine anderen Möglichkeiten gibt.“